



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 23.03.2022, 17:00 Uhr, Forum, Bürgersaal (Hybrid-Sitzung)

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Fragestunde für Einwohnerinnen und
Einwohner**

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden im Forum, Bürgersaal. Die Sitzung findet in einem hybriden Format statt. Hierzu ist im Vorfeld an die Stadträtinnen und Stadträte, die Presse und die beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Link verschickt worden. OBM Dr. Knecht prüft die Anwesenheit. Digital zugeschaltet sind Stadtrat Dogan, Stadtrat Juranek, Stadträtin Liepins und Stadtrat Prof. Vierling. OBM Dr. Knecht stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Für die Bürgerschaft stehen Sitzmöglichkeiten im Saal, unter Einhaltung der Hygienevorschriften, bereit. Er teilt mit, erstmalig – und künftig vierteljährlich – finde heute unter Tagesordnungspunkt 1 die „Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner“ statt. Eine Aussprache des Gemeinderates erfolge nicht. Die Fragen werden, wenn möglich umgehend durch den Oberbürgermeister beantwortet, ansonsten im Nachgang.

Eine **Bürgerin** stellt eine Frage zur Klimakrise und will wissen, wann dieses Thema von der Verwaltung und dem Gemeinderat ernstgenommen werde. Es solle nicht über einzelne Parkplätze diskutiert, sondern Maßnahmen ergriffen werden.

OBM **Dr. Knecht** geht auf diese Frage ein und greift die verschiedenen Maßnahmen, wie das integrierte Klimaschutzkonzept, Photovoltaik an Gebäuden, Radwegeinfrastruktur, Stadtbahn, Stadtticket, Verkehrswende, eigenes Referat, Entsiegelung auf dem Karlsplatz und Arsenalplatz sowie Wärmeanalyse auf. Die Klimakrise werde von der Verwaltung sehr ernst genommen und viele Maßnahmen zum Klimaschutz vorangetrieben. Zudem gebe es erhebliche Investitionen bei der Fernwärme, den erneuerbaren Energien, der Solarthermieanlage, den Standards bei der WBL sowie dem Eisspeicher. Auf der organisatorischen Ebene versuche man Kontakte zu bilden und dieses Thema im Rahmen der Bildung in den Schulen einzubinden. Ein gesunder Verkehrsmix mit einer klaren zukunftsgerichteten Ausrichtung werde gewollt, auch im Hinblick einer Verkehrswende.

Ein **Bürger** spricht die Flüchtlingshilfe an und fragt nach den vorgesehenen Maßnahmen zur Unterbringung und psychologischen Betreuung sowie dem angesetzten Budget. Zudem wünscht er ein persönliches Gespräch als Initiator.

OBM **Dr. Knecht** verweist auf Tagesordnungspunkt 2. Man erlebe ein unglaubliches Engagement in der Stadt. Verschiedene Fachbereiche seien mit dem Thema Unterkünfte beschäftigt. Zeitnah wolle

man rund 1.300 Menschen eine Unterkunft bieten. Bisher seien etwa 300 Personen registriert. Rund 700 haben bereits beim Bürgerbüro vorgesprochen. Beim Ankommen in der Stadt, Behördengängen, Verpflegung und Bekleidung werde intensive Unterstützung gewährt, auch durch Kirchen und soziale Organisationen. Dies solle noch weiter ausgebaut werden. Man versuche die Belegung von Veranstaltungstätten und Turnhallen zu vermeiden. Dolmetscherinnen und Dolmetscher werden gesucht. Initiativen vom Kinderschutzbund, Caritas und Diakonie leisten psychologische Betreuung und Traumata Bewältigung. Für ein Unterstützungsangebot werde gerne eine Gesprächsmöglichkeit angeboten. Der Fachbereich werde hierzu mit einbezogen. Er gibt das Wort an EBMin Schmetz weiter.

EBMin **Schmetz** fügt hinzu, dass ab der Erstberatung der Weg in das Hilfesystem, falls notwendig, eröffnet werde. Man stehe in enger Abstimmung mit dem Kreisgesundheitsamt und dem Kreisjugendamt und arbeite mit den Partnern, wie Caritas, AWO und Diakonie zusammen. Mit den Trägern versuche man mittelfristig das Personal in der sozialarbeiterischen Betreuung und die Bestandssysteme aufzubauen. Zudem müsse man zusätzlichen Wohnraum schaffen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, beendet OBM **Dr. Knecht** diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 2 Sachstandsbericht Ukraine

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist u.a. auf die Ausführungen unter Tagesordnungspunkt 1. Anschließend berichtet er und EBMin **Schmetz** anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) über die aktuellen Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Stadt Ludwigsburg und beantwortet Rückfragen des Gremiums.

TOP 3 Tätigkeitsbericht 2021 & Ausblick 2022 der Gleichstellungsbeauftragten

Vorl.Nr. 016/22

Beratungsverlauf:

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) berichtet die **Gleichstellungsbeauftragte** über die Arbeit im Jahr 2021 und gibt einen Ausblick auf das Jahr 2022. Sie beantwortet Rückfragen des Gremiums.

Beratungsverlauf:

Vgl. Beratungsverlauf 4.1.
Vorl. Nr. 063/22 wurde durch Vorl. Nr. 115/22 ersetzt.

Abweichender Beschluss:

Die als Anlage zur Vorl. Nr. 115/22 beigefügte Satzung über die Einführung eines Gewerbeparkausweises in Bewohnerparkgebieten wird beschlossen. Eine Evaluierung erfolgt nach einem Jahr.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 29 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat Heer
 - Stadtrat Schreiber

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Mobilitäts- und Umweltausschuss am 17.03.2022. Die Stadtverwaltung sei dem Wunsch des Mobilitäts- und Umweltausschusses nachgekommen; die Vorlage sei überarbeitet worden. Die neue Vorl. Nr. 115/22 ersetze die bisherige Vorl. Nr. 063/22. Als Anlage zur Vorlage liege der Satzungsentwurf zwischenzeitlich vor.

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) erläutert der **Leiter** der Stabsstelle Wirtschaftsförderung den Sachverhalt.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Handel** bittet um eine weitere Anpassung der Satzung. Er vermutet, dass die Gewerbetreibenden ihren Stellplatz kündigen könnten, um in den Genuss von Gewerbeparkausweisen zu kommen. Gewerbetreibende würden mit ihrer Arbeit Geld verdienen, daher sei es nicht gerechtfertigt, Anwohner und Gewerbetreibende gleich zu behandeln.

Er stellt den Antrag die Jahresgebühr für den Gewerbeparkausweis auf 240 Euro (anstatt die vorgesehenen 120 Euro) festzusetzen.

Stadträtin **Seyfang** dankt für die konkretisierte Vorlage. Die Betriebe zahlen Gewerbesteuer und leisten somit einen Beitrag. Sie gehe nicht davon aus, dass eine Stellplatzkündigung aufgrund der Einführung eines Gewerbeparkausweises erfolge. Aufgrund der Kurzfristigkeit konnte sie die Satzung nicht durcharbeiten. Eine Evaluation und Nachsteuerung in einem Jahr sei sinnvoll.

Die Argumentation der Grünen-Fraktion sei nicht praxisnah, teilt Stadtrat **Rothacker** mit. Er geht auf die Steuereinnahmen durch die Gewerbetreibenden ein. Durch die Arbeitsplätze leisten Gewerbetreibende einen weiteren wichtigen Beitrag für die Stadt. Er könne mit der Vorlage mitgehen.

Stadträtin **Liepins** fragt, ob die Gewerbeparkausweise auch für die Innenstadt vorgesehen seien. Eine Evaluierung in einem Jahr werde befürwortet. Ihre Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Der Gewerbeparkausweis gelte ebenso für Freiberufler und Selbständige, so Stadtrat **Haag**. Die Regelung sei sinnvoll und die Wortmeldung aus den Reihen der Grünen-Fraktion weltfremd. Das Monatsticket könne evtl. auch in der Südstadt eingeführt werden.

Die Satzung sei gut, eine Evaluierung nach einem Jahr sinnvoll, so Stadtrat **Müller**.

Stadträtin **Dr. Knoß** geht auf die angemieteten oder anmietbaren Parkplätze ein. Dies sei in der Satzung nicht explizit erwähnt.

Der **Leiter** der Stabsstelle Wirtschaftsförderung geht auf die aufgeworfenen Fragen ein. In der Südstadt gebe es mittlerweile keinen Grund mehr, das Monatsticket nicht einzuführen. Die Konditionen in den W&W Parkhäuser auf Kornwestheimer Gemarkung liegen weit unter dem Preis für ein Monatsticket. In der Innenstadt gebe es generell nur Kurzzeitparkzonen, deshalb sei der Bereich der Innenstadt ausgeklammert. Die Unternehmen haben zudem teilweise ihre Fahrzeuge in den zahlreich vorhandenen Parkhäusern untergestellt.

Stadtrat **Haag** geht auf die Wortwahl der anmietbaren Stellplätze ein. Dies sei für die Satzung zu unbestimmt. Hierzu müsse ebenso der Radius und die Konditionen erwähnt werden.

Stadtrat **Weiss** geht auf die Definition der Freiberufler ein. Dies müsse genau geregelt werden. Dies sei geregelt, so der **Leiter** der Stabsstelle Wirtschaftsförderung. Es seien alle Gewerbetreibende im Sinne des Einkommenssteuergesetzes gemeint.

Stadtrat **Herrmann** geht auf das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion aufgrund des Antrages der Grünen-Fraktion über 240 Euro ein. Diesem werde er nicht zustimmen. Seine Fraktion habe sich für einen Betrag in Höhe von 60 Euro eingesetzt. Die Gleichbehandlung sei jedoch richtig. Er könne mit einem Betrag von 120 Euro mitgehen.

Der Satzungstext sei handhabbar, so die Einschätzung von BM **Manni** zur Wortwahl der anmietbaren und angemieteten Stellplätze.

OBM **Dr. Knecht** lässt über den Antrag von Stadtrat Handel mit einer veränderten Summe auf 240

Euro abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat Heer
 - Stadtrat Schreiber

Nach dieser Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage abstimmen.

TOP 5

**Radweg Groenerstraße (Radroute 4)
- Entwurfs- und Baubeschluss**

Vorl.Nr. 453/21

Abweichender Beschluss:

Dem Bau des Radwegs wird ~~vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltsplans 2022~~ im Grundsatz zugestimmt. Bauliche Details - auch an den Übergängen zu benachbarten Bereichen - werden bis zur Umsetzung angepasst.

Die Ausführungsplanung wird zu dem oben genannten Radweg im Mobilitäts- und Umweltausschuss ergänzend beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 21 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat Heer
 - Stadträtin Schreiber

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die abweichende Beschlussempfehlung des Mobilitäts- und Umweltausschusses vom 17.02.2022. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. OBM Dr. Knecht eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** führt aus: „Wir haben uns sehr tief in die Unterlagen eingearbeitet und sind bekanntermaßen sehr für Verbesserung der Infrastruktur für Radfahrer. Hier handelt es sich aber nicht um eine Verbesserung der bestehenden Situation. Es ist eher eine Verschlechterung. Es ist keine Straße, die von Schülern genutzt wird, es gab nur 2 Unfälle in mehreren Jahren mit Beteiligung von Radfahrern, jedoch viele mit Autofahrern untereinander, oft auf Parkvorgänge zurückzuführen.“

Da fährt auch keiner aus Angst auf dem Gehweg, anders als in Wilhelm- oder Martin-Luther-Straße. Zweirichtungsradwege lösen wir in der Friedrich-Ebert-Straße und Robert-Franck-Allee aus gutem Grund auf. Radfahrer werden oft übersehen, wenn sie aus der falschen Richtung kommen. Besonders gefährlich ist das, wenn wie hier viele LKWs in die Grönerstraße abbiegen. Man kann zum Fahrer keinen Blickkontakt herstellen. Hier kommt hinzu, dass die Wege für Radfahrer komplizierter werden, wenn südlich liegende Betriebe oder das Kaufland angefahren werden, weil man zweimal die Straße überqueren muss. Die Kreuzung an der Rheinland Straße, der Weg zum Kaufland, ist nicht gelöst. An den großen Kreuzungen mit Gänsfußallee und Schlieffenstraße bleiben Fragen offen. Mindestmaße werden nicht eingehalten. Kollege O Sullivan sagt gleich was zur rechtlichen Problematik. Es gibt zwar Fördermittel, aber deshalb muss man keinen Unfug damit anstellen. Wir sind hier zum Schluss gekommen, dass es besser wäre, hier vorerst nichts zu machen als dies hier. Wir werden daher mehrheitlich dagegen stimmen oder uns enthalten.“

Stadtrat **Klotz** erklärt: „Die Vorliegende Planung mit einem Zweirichtungsradweg auf der Nordseite der Grönerstraße stellt sicherlich aus Sicht der Radfahrerenden nicht die Optimal Lösung dar. Die Verwaltung hat allerdings auch hinreichend dargelegt, dass diverse Varianten und Lösungsansätze untersucht wurden und sich das Thema als etwas komplex darstellt. Der Teufel steckt sozusagen im Detail. Unter Betrachtung des Straßenquerschnitts und der zahlreichen Zufahrten bzw. Straßeneinmündungen - wenn ich richtig gezählt habe, sind es auf der Südseite 12 Stück - bleibt als Kompromisslösung zu einer Sicherer Verkehrsführung leider nur der Zweirichtungsradweg auf der Nordseite.

Auf einem Zweirichtungsradweg ist natürlich wesentlich mehr Aufmerksamkeit und Rücksichtnahme unter den Verkehrsteilnehmern erforderlich. Das Argument der Gefahr - welches wir schon des Öfteren gehört haben - z.B. bei der Begegnung von 2 Lastenrädern kann man glaube ich etwas entkräften. Diese Situation wird vermutlich nicht allzu häufig vorkommen und mit etwas gegenseitiger Rücksichtnahme sollte diese Situation auch lösbar sein. Wenn sich in einer engen Straße zwei LKWs begegnen, geht dies auch nur mit entsprechender Rücksichtnahme. Wir stimmen der Vorlage mehrheitlich zu - auch wenn wir die Lösung wie erläutert nicht für die Optimal-Lösung halten. Sie stellt in jedem Fall eine deutliche Verbesserung im Vergleich zur derzeitigen Situation dar, zudem können vermutlich durch den - nur einseitigen Ausbau auch Kosten eingespart werden - was ja hoffentlich der Umsetzung von anderen Radwegen zugutekommt - nicht, dass wir am Ende auch noch über die Einführung einer Fahrrad-Vignette diskutieren, wie unsere Schweizer Nachbarn aktuell.“

Stadtrat **Zeltwanger** spricht von einer pragmatischen und sinnvollen Lösung, schließlich handle es sich nicht um eine Innenstadtstrecke und es sei dementsprechend mit weniger Verkehr zu rechnen.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** spricht von zu wenig Gewinn an Sicherheit, auch hinsichtlich der Kosten. Er stellt die Rechtmäßigkeit der Planung infrage. Die Planung verstoße gegen viele Vorgaben. Die Mindestbreiten für Zweirichtungswege werden nicht eingehalten. Die sichere Anknüpfung an den Rest des Netzes kritisiert er ebenso, wie auch Einwände gegen eine etwaige Benutzungspflicht. Er werde der Vorlage nicht zustimmen und niemals für einen Zweirichtungsradweg stimmen. Es sei viel zu gefährlich, vor allem weil Autofahrer, die nach rechts in die Grönerstraße biegen, nicht nur nach links, sondern auch nach rechts schauen müssten. Er sieht Alternativen und hätte Variante A gerne tiefer diskutiert. Das Projekt solle neu durchdacht werden.

Im Ausschuss habe sie zugestimmt, da der Vorschlag als der bestmögliche angesehen worden sei, so Stadträtin **Knecht**. Das rechtliche Verständnis ihres Vorredners schätze sie sehr. Die Grönerstraße

sehe sie ebenso für einen Zweirichtungsweg als zu gefährlich an.

Stadtrat **Müller** geht auf den Sicherheitsaudit ein. Er fragt, wie mit den aufgeworfenen Fragen wie Verkehrsinseln und fehlende Mindestbreiten umgegangen werde.

Es wurde ein Sicherheitsaudit durchgeführt, um die Sicherheit an den Einmündungen einzuschätzen, so BM **Manni**. Er geht auf die Empfehlungen zur Radinfrastruktur im Idealfall ein. Diese Anforderungen und Zielvorstellungen seien nicht immer realisierbar, Es müsse sich an die Örtlichkeiten der bebauten Gebiete angepasst werden. Die Abweichungen werden nicht nur von der Straßenverkehrsbehörde, sondern auch durch einen Sicherheitsaudit betrachtet. Deshalb spreche aus Sicht der Stadt nichts gegen diese Planungen. Es sei nicht die perfekte Planung, aber die einzig Umsetzbare. Man habe eine gute Förderkulisse und wolle schnell in die Umsetzung gehen. Er verweist auf die gegenseitige Rücksichtnahme im Straßenverkehr.

Nach dieser Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über die abweichende Beschlussempfehlung Beschluss fassen.

Beschluss:

Die nachstehende Satzung über das Offenhalten von Verkaufsstellen

am 15.05.2022 anlässlich des „252. Ludwigsburger Pferdemarkts“ (Ludwigsburg Innenstadt)

am 09.10.2022 anlässlich des „Ludwigsburger Kastanienbeutelfests“ mit Herbstmarkt (Ludwigsburg Innenstadt)

wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Burkhardt
 - Stadtrat Heer
 - Stadtrat Schreiber

Beratungsverlauf:

Das Gremium verzichtet auf Sachvortrag und Aussprache. OBM **Dr. Knecht** lässt sogleich über die Vorl. Nr. 088/22 Beschluss fassen.

Beschluss:

Unter der Voraussetzung eines positiven Förderbescheides wird der Herstellung des öffentlichen „Grünen Ehrenhofs“ entsprechend der Entwurfsplanung der Stadt Ludwigsburg, Fachbereich Tiefbau & Ökologie, Abteilung Grünflächen und Ökologie zugestimmt.

Den Projektkosten von 220.000,00 € (brutto) werden zugestimmt. Hiervon werden 198.000,00 € Fördergelder vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) zur Verfügung gestellt. Die voraussichtliche finanzielle Beteiligung der Stadt Ludwigsburg beläuft sich auf 22.000,00 € (brutto).

Das Gremium wird dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10 % überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadträtin Heer
- Stadtrat Lutz
- Stadtrat Schreiber

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Mobilitäts- und Umweltausschuss am 17.03.2022. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 069/22 Beschluss fassen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die „Geschäftsordnung des Integrationsrates der Stadt Ludwigsburg“ in der Fassung vom 04.11.2021 gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Heer
- Stadträtin Dr. Klünder
- Stadtrat Lutz
- Stadtrat Schreiber

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bildungs- und Sozialausschuss am 09.03.2022 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM **Dr. Knecht** lässt über die Vorlage Nr. 045/22 Beschluss fassen.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

Beratungsverlauf:

Das Gremium verzichtet auf Sachvortrag und Aussprache und nimmt den Schlussbericht über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2020 zur Kenntnis.

Beschluss:

Dem als Anlage 1 beigefügten Feststellungsbeschluss für das Haushaltsjahr 2020 sowie der Übersicht über die Behandlung von Überschüssen und Fehlbeträgen (Anlage 2) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Heer
- Stadträtin Dr. Klünder
- Stadtrat Lutz
- Stadtrat Schreiber

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses vom 08.03.2022. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 060/22 Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Rücknahme der Übertragung der Prüfung der Organisation und Wirtschaftlichkeit durch den Fachbereich Revision
2. Rücknahme der Übertragung der kaufmännischen internen Revision der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH durch den Fachbereich Revision unter Beibehaltung der bautechnischen Prüfung

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Heer
- Stadträtin Dr. Klünder
- Stadtrat Lutz
- Stadtrat Schreiber

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses vom 08.03.2022. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 058/22 Beschluss fassen.

Beschluss:**1. Feststellung des Jahresabschlusses**

Der Jahresabschluss wird mit den in Anlage 2 aufgeführten Werten festgestellt.

2. Ergebnisverwendung

Der Überschuss aus 2020 i.H.v. 291.286,60 € wird auf neue Rechnung vorgetragen und mit dem Fehlbetrag aus Vorjahren i.H.v. 549.889,59 € verrechnet.

3. Entlastung

Der Betriebsleitung wird für das Jahr 2020 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Heer
- Stadträtin Dr. Klünder
- Stadtrat Lutz
- Stadtrat Schreiber

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Mobilitäts- und Umweltausschuss am 17.03.2022. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 075/22 Beschluss fassen.

Beschluss:

Der kalkulatorische Zinssatz im städtischen Haushalt der Stadt Ludwigsburg wird rückwirkend zum 01.01.2022 auf 3,0 % festgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Heer
- Stadträtin Dr. Klünder
- Stadtrat Lutz
- Stadtrat Schreiber

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses vom 08.03.2022. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 076/22 Beschluss fassen.

Beschluss:

Gemäß den geltenden Richtlinien zur Bildung von Stadtteilausschüssen wird auf Vorschlag der SPD-Fraktion

Herr **Bernd Büttner**, In den Baumwiesen 19/2, 71636 Ludwigsburg-Pflugfelden

als Mitglied in den Stadtteilausschuss Pflugfelden berufen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Heer
- Stadträtin Dr. Klünder
- Stadtrat Lutz
- Stadtrat Schreiber

Beratungsverlauf:

Das Gremium verzichtet auf Sachvortrag und Aussprache. OBM **Dr. Knecht** lässt sogleich über die Vorlage Nr. 073/22 Beschluss fassen.